

27. / III. 1916.

## Sozialdemokratische Klärung?

Abg. Haase, der schon am 20. Dezember den Vorsitz in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion niedergelegt hat, ist am Sonnabend auch als Vorsitzender der Partei zurückgetreten. Das Amt war längst für ihn bedeutungslos geworden, da er im Parteivorstand fast allein stand. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich am Sonnabend mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion vom Freitag beschäftigt. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Bis auf ein erkranktes Mitglied nahmen an der Sitzung alle Kollegen teil. Mit einer Ausnahme waren alle in der Beurteilung der erwähnten Vorgänge, die zur Gründung einer besonderen Fraktion geführt haben, vollkommen einig.

Abg. Haase gab im Verlaufe der Debatte folgende Erklärung ab:

„Ich habe, da ein fruchtbares, kollegiales Zusammenarbeiten im Parteivorstande nach meiner Ueberzeugung bis zum nächsten Parteitag nicht mehr möglich ist, mein Amt als Vorsitzender niedergelegt.“

Am Montag tritt der sozialdemokratische Parteiauschuß zusammen. Dieser ist nächst dem Parteitag, dessen Einberufung gegenwärtig sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist, die höchste Parteiinstanz. Er besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Am 7. Januar hat dieser Parteiauschuß mit 28 gegen 11 Stimmen die Zustimmung zu den Kriegskrediten in der Reichstagsfraktion vom 21. Dezember als wohl begründet bezeichnet und „die Durchweigerung“ der Politik der Reichstagsfraktion durch die 20 Kreditverweigerer „aus schärfste“ verurteilt. Sein Urteil wird jetzt über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion vom 24. März kaum anders ausfallen.

Die „Leipz. Volksztg.“ jubelt zwar: „Eine Klärung hat sich vollzogen.“ Aber die ebenso radikale „Bremer Bürgerztg.“ schreibt im Gegensatz hierzu:

„Die „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ besteht, wie es nicht anders sein kann, aus sehr verschiedenen Elementen, die auch durch grundsätzliche Meinungsdivergenzen getrennt sind. Eine Klärung hat sie nur insofern gebracht, als sie sich von der sozialpatriotischen Rechte losgelöst hat. Und auch dieser Akt ist zu begrüßen. Die Folgezeit aber wird die weitere Klärung bringen müssen.“

Schon vor einigen Tagen hat die „Bremer Bürgerzeitung“ bei der Beurteilung des ihr willkommenen Auftretens ihrer radikalen Gesinnungsgenossen im preussischen Abgeordnetenhaus geschrieben: „Nur die klare Erkenntnis kann helfen, daß wir uns nicht mehr verstehen, und daß wir nicht mehr zusammengehören.“

Die „Breslauer Volkswacht“ hält dem Vertreter für Breslau-West, Abg. Bernstein, der mit Haase aus der Reichstagsfraktion ausgetreten ist, während der sozialdemokratische Vertreter für Breslau-Ost, Bauer, zur Fraktionsmehrheit gehört, einbringlich vor, „daß die Breslauer Sozialdemokraten ihre Abgeordneten in die durch Disziplin gebundene Gesamtfraktion entsandt haben, nicht aber in irgend eine größere oder kleinere Sonder-Arbeitsgemeinschaft!“

Bemerkenswert ist eine Schilderung des Wirrwarrs, der nach der „Breslauer Volkswacht“ unter den Mitgliedern der neuen sozialdemokratischen Fraktion herrscht. Die „Volkswacht“ schreibt:

„Das wäre also streng genommen eine dritte „Arbeitsgemeinschaft“, denn neben der eigentlichen Reichstagsfraktion existiert schon die „Arbeitsgemeinschaft Liebtnecht-Rühle, die zu diesen 18 nicht gehört, sie im Gegenteil in ihren Spartacus-Briefen heftig ansehndet. Man müßte annehmen, daß zu dieser allerhöchsten Tonart auch Senle und Herzfeld sich offenerweise begeben würden, denn sie gehören zu ihr. Die Liebtnecht-Fraktion macht der Arbeitsgemeinschaft der 18 die schwersten Vorwürfe der Halbheit. Sie meint, daß man nicht wie Schwarz die Kriegskredite ablehnen, aber selber Kriegsanleihe zeichnen könne; daß man nicht wie Geyer die Kriegsbedürfnisse ablehnen und dem eigenen Sohn die Genehmigung zum freiwilligen Dienst geben dürfe; sie beschuldige Haase der Doppelzüngigkeit und trennt sich von Ledebour in der elsass-lothringischen Frage wie in der Frage der Vaterlandsverteidigung überhaupt. Dabei wollen wir gar nicht von Bernstein reden und von der Tatsache, daß er am 4. August 1914 wie Dittmann ein begeisterter Anhänger der Kreditbewilligung war. Man kann also nicht einmal behaupten, daß durch die Arbeitsgemeinschaft der 18 eine Klärung der Lage innerhalb der Partei eingetreten sei.“

Abg. Rhsfel, der in der Ersatzwahl das Mandat des Generals v. Lieber für Borna-Begau erobert hat, teilt der „Leipz. Volksztg.“ mit, daß auch er im Reichstag gegen den Notetat am Freitag gestimmt hat. Abg. Rhsfel hat im Dezember in der Fraktion gegen den Kriegskredit gestimmt, gehörte aber dann zu den 22, die bei der Entscheidung im Reichstag den Saal verließen.

## Haases Ablage.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief des Abg. Haase an den Parteiauschuß, in dem es heißt:

Gestern, als ich in der Vorstandssitzung war, ist mir von der Absicht, den Auschuß einzuberufen, nichts gesagt worden. Ich wurde in Abwesenheit der erkrankten Genossin Sieh und gegen den Widerspruch des Genossen Bengels von den Mitgliedern des Vorstandes dazu gebrängt, sofort eine Erklärung über meine fernere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl ich darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrten die Mitglieder des Parteivorstandes auf sofortiger Entscheidung mit dem Bemerkten, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf gab ich die bereits in der Presse veröffentlichte Erklärung ab.

Der Brief schließt mit der Erklärung Haases, daß ihm nach diesen Vorgängen die Teilnahme an der Sitzung des Parteiauschußes zwecklos erscheine.